

Kurzbericht über die Sitzung des Gemeinderats

Sitzung vom 12. Februar 2026

Öffentlicher Teil:

1. Beratung der haushaltsrelevanten Anträge zum Haushaltsplan 2026

Der Antrag AN/102/24 der Jungen Liste:

„Wir beantragen die Anschaffung eines neuen oder gebrauchten Radbaggers für maximal 150.000€ für den städtischen Baubetriebshof.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

2. Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2026 - 2029, sowie der Wirtschaftspläne 2026 u. der Finanzpläne mit Investitionsprogramm 2026 - 2029 der EB Stadtentwässerung und Baulandentwicklung

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 022/26/GR

3. Beschluss über die Verlängerung der Veränderungssperre nach §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplans und örtlichen Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 017/26/GR

4. Annahme von Zuwendungen

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 016/26/GR

5. Beantwortung weiterer Anträge im Rahmen der Haushaltsplanung 2026

Der Antrag AN/109/24 der CDU-Fraktion:

„Die CDU-Fraktion beantragt eine Haushaltsstrukturkommission 2026 für die Aufstellung des Haushaltes 2027 einzusetzen. Diese hat 2025 gute Arbeit geleistet. Da absehbar auch 2027 weitere Maßnahmen zur Deckung des Haushaltes notwendig sein werden, soll die Haushaltsstrukturkommission auch 2026 eingesetzt werden“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/110/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen, dass die Suchfunktion in Mandatos entscheidend verbessert wird. Aktuell ist eine Recherche nur möglich, wenn man sich an das Datum der Sitzung erinnert und dort die Unterlage sucht.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/111/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen eine übersichtlichere Darstellung für die Liste der Ermächtigungsüberträge insbesondere für unsere Investitionsmaßnahmen. Dabei soll eine zusätzliche Spalte aufgenommen werden, wann diese Maßnahme erstmalig veranschlagt wurde. Der Name der Maßnahme (des Produktes) sollte möglichst textlich benannt werden zusätzlich zu der bereits aufgeführten Produktnummer sowie eine Information über den aktuellen Projektstand.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/112/24 der CDU-Fraktion:

„Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat, welche Bauvorhaben zur Schaffung von Wohnraum auf der Basis des § 246 e (BauGB) („BauTurbo“) genehmigt werden sollen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/113/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen eine Liste aller Projektstellen aufzustellen. Dabei soll vermerkt werden, welche Stellen noch gefördert werden und wo der Förderungszeitraum bereits beendet ist. Ziel ist eine transparente Darstellung der Kosten für den städtischen Haushalt.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/114/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen, für die Kindergartenbedarfsplanung zusätzlich eine längerfristige Betrachtung der zukünftigen Entwicklungen von mindestens 5 Jahren, damit Maßnahmen zu Veränderungen der Anzahl der Gruppen und Bedarfe einen etwas längeren Vorbereitungszeitraum erhalten.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/115/24 der CDU-Fraktion:

„Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht zur möglichen Nachnutzung der Kindertagesstätte Bregenzer Straße.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/116/24 der CDU-Fraktion:

„Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, wie der Hochwasserschutz entlang der Straßen, Gewässer und Uferzonen verbessert werden kann, insbesondere die Vermeidung von Engstellen in Bachläufen und Entfernung von Ablagerungen in den Schmutzfängern der Straßenentwässerung, zum Schutz vor Gefährdungen bei Starkregenereignissen.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/094/24 der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung nimmt zeitnah, d.h.im Haushaltsjahr 2026, Stellung zu unseren teilweise mehrfach vorgelegten, aber bislang nicht beantworteten Haushaltsanträgen.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/095/24 der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung gestaltet den Kreisverkehr an der Plaisirschule so um, dass ein Überfahren der Mittelinsel nicht mehr möglich ist und damit die Verkehrssicherheit für Fußgänger, insbesondere Schülerinnen und Schüler, verlässlich erhöht wird.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/096/24 der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung sperrt die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zum 01.07.2026, soweit bis zu diesem Zeitpunkt kein kurzfristig realisierbares Neugestaltungskonzept zur attraktiven Fußgängerzone vorgelegt wird und installiert in Höhe der Einmündung in die Eduard-Breuninger-Straße bergwärts versenkbare Poller, die lediglich die Durchfahrt für Busse, Taxen und Blaulichtorganisationen freigeben.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/097/24 der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung lädt Vertreterinnen des Regierungspräsidiums und des VVS ein, um detailliert über die geplanten Umleitungen, die veränderten Schulwege und den Schienenersatzverkehr im Zuge des weiteren Ausbaus der B 14 zu informieren. Dabei soll auch die Bevölkerung frühzeitig und fortlaufend über die Konsequenzen aus der Sperrung der B 14 und den Bahnlinien Richtung Stuttgart und Ludwigsburg unterrichtet werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/098/24 der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung schreibt zeitnah das aktuelle Katastrophenschutzkonzept unter besonderer Berücksichtigung geplanter Maßnahmen bei großflächigen Stromausfällen fort und prüft, inwieweit in den Sporthallen „Insellösungen“ zur Stromversorgung aufgebaut werden können und ob ebenso im geplanten Neubau des THW eine vergleichbare Möglichkeit besteht.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/099/24 der SPD-Fraktion:

„Zur Entlastung der Verwaltung und auch aus wirtschaftlichen Gründen beantragen wir, künftig auf zeit- personal- und kostenintensive Planungen zu verzichten, die voraussichtlich nicht in einem überschaubaren Rahmen verwirklicht werden können und unrealistische Erwartungen wecken.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/100/24 der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, an den Backnanger Schulen ein vergleichbares Pausenvesperangebot zu machen, nachdem vermehrt festgestellt wird, dass manche Kinder ungefrühstückt in den Unterricht kommen.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/074/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:

„Wir beantragen ein Konzept zu entwickeln, wie der Fuhrpark der Stadt klimaneutral wird.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/075/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Wir beantragen, bis zum Sommer, ein Konzept vorzustellen, wie der Verkehr während der Sperrung der B14 durch Backnang geleitet wird.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/076/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Wir beantragen das Anbringen eines Verkehrsspiegels an der Einmündung Mühlstraße in die Schöntaler Straße“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/077/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Laub ist kein Abfall, sondern kostenloser Dünger. Wir beantragen, das Laub so in allen städtischen Anlagen bleiben soll das für Igel, Amsel und CO. Habitate geschaffen werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/078/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Benzin betriebene Laubbläser verursachen starken Lärm und Abgase. Wir beantragen die Umstellung auf Akku betriebene Geräte.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/079/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Es gibt immer mehr Kinder mit gesundheitlichen Auffälligkeiten, z.B. Übergewicht Die Verwaltung überprüft die Einführung von Gesundheitslotsen, die auch die Eltern beraten können. Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Stadt eine heilpädagogische Einrichtung, als Angebot für die Verwaltungsgemeinschaft, einrichten kann.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/080/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Wir beantragen, die Parkzeit an der unteren Schöntaler Straße zu befristen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/081/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Wir beantragen die Einführung einer Pferdesteuer.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/082/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Wir beantragen die Prüfung einer Seilbahnverbindung vom Biegel zum Bürgerheim“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/083/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Der Weg vom Maubacher Bahnhof hinunter zu den Behelfsbushaltestellen (Schienenersatzverkehr) wird für Fußgänger gesichert und gekennzeichnet“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/084/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Beim Wonnemar kommt es oft zu einem unnötigen Anfahren der oberen Parkplätze. Analog zur Bleichwiese wird eine Anzeige angebracht, wie viele Parkplätze oben noch zur Verfügung stehen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/085/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Backnang prüft, ob sie Angebote in die überregionale Erlebniskarte einbringen kann zu Verbesserung des Bekanntheitsgrades von Wonnemar, Stadtführung, Bürgerhaus, Bandhaus, Galerie, Technikforum, Gastronomie“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/086/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Die Stadtverwaltung prüft, wie der Plattenwald erweitert werden kann. Und zwar in Form eines Landschaftsparkprojektes, welches von der Region Stuttgart bezuschusst würde. Dazu wird Kontakt mit entsprechenden Stellen aufgenommen und Beratung in Anspruch genommen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/087/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Die Stadtverwaltung soll die Planung für den Umbau der Blumen und Stuttgarter Straße mit Verbesserung für den Fuß und Fahrradverkehr angehen und den Umbau im HH2027 einplanen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/088/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Sprache ist der Zugang zur Bildung. Die Verwaltung prüft, wie eine gleichmäßigere Verteilung der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund auf die Kindergartengruppen erzielt werden kann.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/089/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Die Verlässlichkeit von privaten Trägern im Kindergarten sinkt durch den Rückgang der Geburtenraten. Die Verwaltung zeigt auf, wie im Krisenfall die Kinder in städtischen Einrichtungen untergebracht werden können bis zum worst case Fall.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/090/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Wir beantragen ein Konzept, wie und wo freiwerdende Betreuungseinrichtungen für z.B. Tagesbetreuungseinrichtungen für Demenzkranke entstehen können. Denn durch fehlende Elternbetreuungsplätze können u.a. Frauen, welche ihre Eltern pflegen, nicht an der Erwerbsarbeit teilnehmen.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/091/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Für viele Tiere ist Silvester eine „Horrornacht“. Die Verwaltung prüft ein Böllerverbot. Zugelassen sind nur noch Feuerwerke ohne Detonationsgeräusche.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/092/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Für viele Baugebiet gibt es ein Pflanzgebot. Alle zwei Jahre soll überprüft werden ob diese Gebote auch eingehalten werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/093/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:
„Mikrowälder nach der Dr.Miyawaki Methode sind gut zur Reduzierung der Luftverschmutzung und haben eine hohe CO2 Aufnahme. Die Verwaltung zeigt auf wo in Backnang diese Wälder möglich sind und wie die Umsetzung stattfinden kann.“ wurde eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag AN/101/24 der Jungen Liste:
„Erneute Prüfung der Errichtung einer Liegewiese an der Murr in der Innenstadt (Flussabwärts des Wehrs am Willy-Brandt-Platz am Südufer der Murr). Dies kann durch regelmäßige Mäharbeiten naturnah und kostengünstig und mit Hilfe eines schottbaren Durchgangs auch im Sinne des Hochwasserschutzes realisiert werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/103/24 der Jungen Liste:
„Wir beantragen die Durchführung einer Klausurtagung im Herbst dieses Jahres zum Haushaltsplan 2027 mit dem gesamten Gemeinderat.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/104/24 der Jungen Liste:
„Wir beantragen die jährliche Durchführung einer Einwohnerversammlung gemäß § 20a Gemeindeordnung Baden-Württemberg, um die Bürgerschaft regelmäßig über strategische Entwicklungen in der Stadt zu informieren. Es soll dort über die wesentlichen Projekte der vergangenen und zukünftigen 12 Monate informiert werden und Raum für Dialog und Einwohnerbeteiligung geschaffen werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/105/24 der Jungen Liste:
„Wir beantragen die Verschiebung der Planung zum Bau des neuen ZOBs auf unbestimmte Zeit. Die städtische Verschuldung lässt aus unserer Sicht in naher Zukunft kein Projekt dieser Größenordnung zu.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/106/24 der Jungen Liste:
„Wir beantragen vor dem Kauf neuer Lizenzen die Verfügbarkeit von Second-Hand-Lizenzen zu prüfen, etwa für Microsoft Office, aber auch für andere Programme.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/107/24 der Jungen Liste:
„Wir beantragen erneut die Prüfung von möglichen Standorten für die Aufstellung von öffentliche Basketballkörben.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/108/24 der Jungen Liste:
„Wir beauftragen die Verwaltung zur Erstellung einer Satzung, nach der Automatenbetreiber verpflichtet werden, in unmittelbarer Nähe ihrer Automaten Mülleimer aufzustellen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion:

„Die Stadt verkauft den Kindergarten in Maubach Bregenzer Straße 8 und führt sie einer Bebauung mit hohem Anteil von sozialem Wohnungsbau zu.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag der Jungen Liste:

„Planungsrate neuer ZOB: Verschiebung der Mittelbereitstellung auf das Jahr 2029.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag der Jungen Liste:

„Städtische Wohnbau: Reduzierung des Zuschusses einmalig um 300.000 Euro; Abschmelzung der reduzierten Zuschusshöhe über die kommenden Haushaltsjahre.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag der Jungen Liste:

„ZOB-Parkhaus - Dachsanierung: Aufnahme einer Planungsrate i.H.v. 100.000 € für die Sanierung des Daches des Parkhauses und Erstellung einer PV-Anlage.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.